



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

SPD/III/1c2

Hannover, 25. August 1948

Der Vorschlag aus Herrenchiemsee

Von Prof. Dr. Carlo Schmidt, Tübingen

Der von dem Ministerpräsidenten eingesetzte Verfassungsausschuss hat seine Arbeiten beendet. Er hatte nicht die Aufgabe, politische Streitfragen nach parlamentarischer Art zu entscheiden. Seine Mitglieder hatten nur den Auftrag, ihre Sachkenntnis in den Dienst der Schaffung einer Arbeitsgrundlage für den Parlamentarischen Rat zu stellen. Ihm allein obliegt die Aufgabe, das Grundgesetz für den durch die drei Westzonen dargestellten Teil Deutschlands zu beraten und zu beschließen, das danach auf Grund der Anweisung der Militärgouverneure durch Beschluss der Landtage oder durch Volksabstimmung sanktioniert werden soll.

Die Mitglieder des Ausschusses waren also zunächst Techniker des Verfassungsrechtes. Sie hatten aber auch eine wichtige politische Funktion zu erfüllen. Diese bestand in der Aufgabe, deutlich zu machen, durch welche Grundvorstellungen die politische Auseinandersetzung in Deutschland heute bestimmt wird. Neben Parteistandpunkten, die im wesentlichen in einer verschiedenartigen Beurteilung des spezifischen Gewichtes, des Faktors "Land" und des Faktors "Zentralgewalt" zum Ausdruck kamen, machten sich auch, zum Teil über die Parteizugehörigkeit der Länderdelegierten hinweg, sehr verschiedene Standpunkte der einzelnen Länder geltend, die in dem Verlangen nach mehr oder weniger Föderalismus zum Ausdruck kamen.

Je mehr man sich in die Probleme vertiefte, desto mehr setzte sich die Erkenntnis durch, dass eine vernünftige Lösung nur gefunden werden könne, wenn man statt von formalen Begriffen von der Logik der Tatsachen ausging. Es sind eine Reihe von Berichten zustande gekommen, denen ein paragrafierter Entwurf für das Grundgesetz beigegeben ist. Die Beschlüsse werden für den Parlamentarischen Rat keine bindende Wirkung besitzen. Die Parteien können selbstverständlich ihrerseits eigene Entwürfe einreichen.

Es bestand Einmütigkeit darüber, dass kein Weststaat geschaffen werden soll. Ebenso war man sich darüber einig, dass angesichts der durch die heutigen Umstände beschränkten deutschen Volkssouveränität ein gutes staatliches Gebilde nicht geschaffen werden kann. So ist man übereingekommen, in dem Grundgesetz nicht die "Verfassung" eines

Staates, sondern die Grundnorm für ein Staatsfragment zu sehen, dessen Organe so ausgestaltet sind, dass sie zwar die völlige Ausübung deutscher Gebietshoheit nach innen gewährleisten, dass aber doch deutlich zum Ausdruck kommt: es handelt sich bei dem Grundgesetz lediglich um den Plan für einen Neubau, der sofort bei jeder Erweiterung der deutschen Freiheitsphäre entsprechend ergänzt oder vervollständigt werden kann.

Der Gedanke, dass es sich nur um die Schaffung eines Provisoriums handelt, hat die ganzen Beratungen regiert. So hat man beschlossen, dass das Grundgesetz automatisch außer Kraft treten soll, sobald eine vom deutschen Volk in freier Selbstbestimmung geschaffene Verfassung Wirklichkeit wird. Weiter wurde vorgesehen, dass jeder Teil deutschen Staatsgebietes ohne Schwierigkeiten in den "Bund deutscher Länder" aufgenommen werden kann. Der besonderen Stellung Berlins wurde durch die Bestimmung Rechnung getragen, dass die Bevölkerung Berlins vollberechtigte Vertreter in die gesetzgebende Körperschaft entsenden soll, wenngleich die von ihr beschlossenen Gesetze ihre Geltung heute noch nicht auf das Gebiet Berlin erstrecken können. Durch nichts kann deutlicher zum Ausdruck kommen, in welchem Masse das Grundgesetz als Mittel zur Vorbereitung der Einheit Gesamtdeutschlands gedacht ist.

Die obersten Organe sollen eine allgemein und direkt gewählte Vertretung des Volkes und eine Vertretung der Länder sein. Während im ersten Falle volle Einmütigkeit bestand, war die Meinung des Ausschusses in der Frage der Ländervertretung geteilt. Die einen wollten diese in der Art des früheren Bundesrates als Vertretung der Landesregierungen, die anderen gaben einer Vertretung in der Art des amerikanischen Senats den Vorzug; die Senatoren sollen durch die Landtage gewählt werden, aber nicht an Instruktionen der Landesregierungen gebunden sein. In der Frage des Zusammenwirkens beider Organe konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Ein Teil der Ausschussmitglieder wollte beide Häuser gleichstellen, während der andere der Volkvertretung den Vorrang gegenüber der Ländervertretung einräumen wollte.

Eine ganz entscheidende Rolle spielte die Frage, ob die Quellen der Hoheitsgewalt originär beim deutschen Volke oder bei den Ländern liegen. Offiziell haben sich alle Delegierten - mit Ausnahme der Bayern - auf dem Standpunkt gestellt, dass Deutschland als Staatsgebilde durch die Ereignisse des Jahres 1945 nicht untergegangen sei. Es habe lediglich seine Geschäftsfähigkeit verloren und sei darüber hinaus durch die Verwahrlosung des Staatsapparates der Diktatur desorganisiert worden. Es handle sich deshalb heute nicht darum, Deutschland neu zu "konstituieren", sondern lediglich darum, es neu zu "organisieren". Dies könne aber lediglich die Aufgabe des zwar in Länder gegliederten, aber doch einheitlich gebliebenen deutschen Volkskörpers sein.

Obwohl das deutsche Volk heute nur im Westen in wenigstens einigermaßen freier Bestimmung seine Hoheitsbefugnisse unter Wahrung der Freiheitsrechte der Individuen neu organisieren kann, sind es doch "deutsche" und nicht "westdeutsche" Hoheitsbefugnisse, die dort ausgeübt werden. Daher hat die Mehrheit des Verfassungsausschusses für das Grundgesetz einen Artikel vorgeschlagen, der lautet: "Der Bund führt die schwarz-rot-goldene Flagge der deutschen Republik."

Frankreich setzt auf die europäische Karte

A. P. Paris, im August 1948

Die französische Regierung hat am 18. August offiziell beschlossen, die Initiative für die Einberufung eines europäischen Parlaments zu ergreifen. Man erinnert sich, daß Außenminister Bidault bei der letzten Zusammenkunft der Unterzeichner des Brüsseler Westpaktes im Haag bereits einen gleichartigen Vorschlag unterbreitet hat, aber in Anbetracht seiner kühlen Aufnahme durch Großbritannien und auch Belgien vorläufig auf seine Beratung verzichtete. Es ist recht überraschend, daß die französische Regierung wenige Wochen danach erneut und in sehr entschiedener Form in der gleichen Angelegenheit an London, Brüssel und den Haag herantritt. Man nimmt an, daß sich Frankreich auf den Wunsch der USA stützt, möglichst bald ein geeintes Europa - wirtschaftlich, politisch und vor allem militärisch - entstehen zu sehen. Paris dürfte außerdem der Ansicht sein, daß schon jetzt eine Alternativlösung vorbereitet werden muß, für den Fall, daß die Moskauer Verhandlungen mit einem Fehlschlag enden. Man glaubt nicht an die schicksalhafte und verhängnisvolle Wahl zwischen Moskau und Washington, sondern hofft immer noch, daß Europa als dritte Kraft zwischen den beiden Kolossen bestehen kann und muß.

Das aus der Haager Europa-Konferenz hervorgegangene "Internationale Koordinationskomitee der Bewegung für ein geeintes Europa" hat der französischen Regierung eine Denkschrift überreicht, worin die Bildung eines europäischen Parlaments angeregt wird. Paris hat diesen Gedanken günstig aufgenommen und beschlossen, eine vorbereitende Konferenz mit den Beneluxländern und Großbritannien auf diplomatischem Wege für November dieses Jahres zustande zu bringen. Die erste europäische föderative Kammer könnte dann Anfang 1949 zusammentreten. Ihre Mitglieder würden wahrscheinlich von den einzelnen Parlamenten der beteiligten Staaten bestimmt werden. Über eine etwaige Beteiligung Deutschlands ist noch nichts bekannt.

Kriegsgefangene, die noch auf die Heimkehr warten

sp. Nach den Beschlüssen der Moskauer Konferenz vom Frühjahr 1948 sind alle Alliierten verpflichtet, sämtliche deutschen Kriegsgefangenen bis Ende 1948 zu entlassen. Von den Westalliierten hat nur noch Frankreich etwa 60.000 Kriegsgefangene in Gewahrsam, darunter auch sogenannte gesperrte Einheiten (SS, Polizei, angeklagte Einheiten), deren Entlassung von einem Gerichtsverfahren abhängig ist. Im Nahen Osten befinden sich noch 12 - 15.000 Gefangene in britischer Gewahrsam, denen die Repatriierung bis 30. September 1948 versprochen wurde.

In den Oststaaten gibt es keine Kriegsgefangenenlisten, die Zahl der dort noch befindlichen Kriegsgefangenen kann daher nur geschätzt werden. Die tatsächlichen Zahlen dürften aber höher liegen als die Schätzungen. Demnach befinden sich in Jugoslawien noch 85.000, in Polen 45.000 Kriegsgefangene. Die Tschechoslowakei hatte ursprünglich 9.000, diese Zahl hat sich um etwa 10.000 solcher Gefangener vermehrt, die in

Frühjahr 1948 in vier bis fünf Transporten aus Rußland über Frankfurt/Oder zur Zwangsarbeit in die Uranbergwerke in Joachimsthal im Erzgebirge (Tschechoslowakei) überführt wurden. Aus allen drei genannten Ländern sind 1948 nur unwesentliche Heimkehrertransporte zu verzeichnen, hauptsächlich Kranke und Arbeitsunfähige.

Am undurchsichtigsten ist die Lage in Rußland. Im März 1947 hat Molotow bekanntgegeben, daß noch 892.000 Kriegsgefangene in russischen Lagern seien. Diese Bekanntgabe hat sehr überrascht, da die Zahl nach deutschen und auch westalliierten Schätzungen viel zu niedrig gegriffen ist. Eine internationale Kontrolle hat Rußland bisher abgelehnt. Von April 1947 bis Juli 1948 hat Rußland nach eigenen amtlichen Angaben 325.000 Gefangene und 90.000 verschleppte Zivilpersonen entlassen. Demnach müßte - ausgehend von der (zu niedrig angesetzten) Zahl Molotows Rußland noch 570.000 Kriegsgefangene haben. Zusammen mit den ebenfalls nur geschätzten Zivilverschleppten wäre aus Rußland noch rund eine Million Heimkehrer zu erwarten. Nicht entlassen werden Angehörige der SS, Polizei, der Wachmannschaften und Kriegsverbrecher soweit ein solcher Verdacht vorliegt.

Außer den noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen sind im Westen als freie Arbeiter verblieben: in Frankreich 120.000 Mann, die ersten Verträge laufen im Oktober ab; in England 25.000 Mann, Verträge bis Ende 1948; in Luxemburg 2.500 Mann; in Belgien einige Hundert, im Nahen Osten wollen etwa 5.000, hauptsächlich in der Cyrenaika verbleiben.

(M/2/258/Ls)

Als Röhm und Himmler noch Kameraden waren...

sp. In der "Neuen Volkszeitung", New York veröffentlichte Friedrich Stamper kurz vor seiner Übersiedelung nach Deutschland "eine vergessene Episode aus der Geschichte der NSDAP". Wir entnehmen dieser Schilderung, die ein bezeichnendes Licht auf die Verhältnisse innerhalb der ehemaligen Nazi-Partei wirft, folgende Stellen:

"Am 9. April 1932 saß ich am Morgen in meinem Büro in der Lindenstraße 3 in Berlin, als einer der Redaktionssekretäre zu mir herein kam und mir mitteilte, im Vorzimmer befindet sich ein gewisser Ingenieur Bell, der mich im Auftrag des Hauptmanns Ernst Röhm, Stabschefs der SA, zu sprechen wünsche. Ingenieur Bell war ein schwer berüchtigter Abenteuerer und damals bekannt als Sekretär-Liebchen des gleichfalls in einem nicht mehr zweideutigen Ruf stehenden Kommandanten der braunen Scharen. Während ein Kollege mit Bell verhandelte, rief ich den Polizeipräsidenten an. Ein paar Minuten später war Kriminalkommissar Stamm, Spezialist der polizeilichen Nazibekämpfung, in meinem Zimmer. Nach geraumer Zeit erschien unser Unterhändler und erstattete folgenden Bericht: Bell habe mir erzählt, er und sein Chef Röhm sowie einige andere Pgs wären in der Nacht zuvor aus München geflüchtet, weil sie von ihren eigenen Parteigenossen bedroht gewesen wären. Darum seien sie zu uns gekommen, um uns zu sagen, sie legten Wert darauf, daß im Falle ihres Todes kein Geheimnis über die Ursache und die Täter

bestehen solle. Sie, die Verfolgten, würden beschuldigt, geheime Beziehungen zu höheren Reichswehrstellen zu unterhalten und sollten darum umgelegt werden. Nun logierten sie im Hotel „Kaiserhof“. Sturm telefonierte den „Kaiserhof“ an und bat den Geschäftsführer an den Apparat. Auf die Frage, ob bei ihm wirklich die Herren Röhm und Bell wohnten, antwortete er, jawohl, die Herren seien an diesem Morgen aus München eingetroffen. Die Reisegesellschaft bestand aus folgenden Personen: Hauptmann Ernst Röhm; Graf Spreiti, Röhm's Adjutant; Ingenieur Bell, Röhm's Sekretär; Graf Du Moulin-Eckart, Chef d. Nachrichtenabteilung der NSDAP und Heinrich Himmler, Chef des Rasseamtes der NSDAP.

Später wurde auch bekannt, daß Röhm vor seiner Abreise nach Berlin den Führer des bayerischen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Major Karl Mayr, aufgesucht und ihn um Hilfe angefleht hatte. Mayr und Röhm waren früher in der Reichswehr Kameraden gewesen.

Zwei Jahre und drei Monate später wurden Röhm und Spreiti bei dem großen Kaueradernmord vom 30. Juni 1934 wirklich erschossen. Es war nun ihr Fluchtgefährte Heinrich Himmler, der sie erschießen ließ. Bleibt noch Engel Bell. - Das war schon viel früher erledigt worden. 1933 war er nach Österreich geflogen und hatte gedroht, Geheimnisse des Reichstagsbrandes zu enthüllen. Ein wohlgezielter Schuß hatte ihn daran gehindert.

Antwort an die CDU aus der CDU

Die CDU fährt fort, die Motive der SPD bei ihrer Opposition gegen die Wirtschaftspolitik Professor Erhard zu verdächtigen. Zuletzt geschah das in einem Artikel des "Deutschland-Union-Dienstes" vom 18. August. Wir möchten die mittelbare Antwort darauf dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der CDU in Württemberg, P. Bausch, MdL, überlassen, der in einem sehr ausführlichen Artikel "Preissteigerungen ohne Ende" zum offenbar mehr parteiinternen Gebrauch unter anderem ausführt:

"Sehr einsichtige und erfahrene Fachleute sehen die Überwachung der Preise nach der Währungsreform als die wichtigste Aufgabe des Staates, ja geradezu als den Eckpfeiler und den Angelpunkt der Wirtschaftspolitik und der Innenpolitik an. Sie vertreten die Auffassung, daß das neue Geld vor einer neuen Aufblähung durch scharfe und gründliche Überwachung der Preise geschützt werden könne. Der radikale Abbau der Preiskontrolle war umso unverständlicher, als die Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt von jeher die Auffassung vertrat und auch noch vertritt, die neue Politik werde auf der ganzen Linie eine Senkung der Preise zur Folge haben. Wenn aber schon eine Preissenkung auf der ganzen Linie erwartet wird, warum hat man dann mit einem Schlage auf die staatliche Preiskontrolle für die wichtigsten Bedarfsartikel des täglichen Lebens verzichtet? Wäre es nicht besser gewesen, damit zu warten, bis die Preise sich tatsächlich gesenkt hatten und die Preisüberwachung damit überflüssig wurde? Wäre es nicht dann immer noch Zeit gewesen, die Preise freizugeben? Konnten diese Preiserhöhungen nicht vermieden werden?"

Ist nicht eine gefährliche Fehlentwicklung vor? Diese Frage muß mit aller Entschiedenheit auch dann gestellt werden, wenn die Leiter der Frankfurter Wirtschaftspolitik mit einem merkwürdigen Eigensinn an ihrer Theorie festhalten, obgleich die Wirklichkeit des Lebens über ihre altertümliche Theorie längst zur Tagesordnung übergegangen ist...

Wir stehen nicht an, zu erklären, daß der überstürzte Abbau der Preisüberwachung ein schwerer, kaum wiedergutzumachender Fehler war... Können wir es denn wagen, uns in lebenswichtigen Fragen unseres Volkes auf blutleere Theorien zu verlassen, besonders auf solche liberaler Prägung, aus deren Anwendung in der Vergangenheit unsäglich viel Unglück über unser Volk und besonders über unsere Arbeiterschaft gekommen ist? Ein Staat, der seinem Volk nicht ein gewisses Minimum an Nahrung, Kleidung und Wohnung zu Preisen sichert, die in einem angemessenen Verhältnis zum Lohn stehen, hat keine Existenzberechtigung... Dies ist die elementarste Tatsache, der gegenüber alle Theorien in die völlige Bedeutungslosigkeit versinken. Im übrigen können die Theorien vom freien Markt und von der durch Auspendelung erzielten freien Preisbildung nur in einer wirklich freien Wirtschaft, innerhalb der sich Güterbedarf und Gütererzeugung wenigstens einigermaßen die Waage halten, angewendet werden. Glaubt aber denn ein vernünftiger Mensch in Deutschland - abgesehen von den Heer von Interessenten, die sich nun schnell bereichern und ihre blutleeren Betriebe von heute auf morgen wieder gesund machen wollen - daß wir heute in Deutschland eine freie Wirtschaft hätten?

Der Mensch aber, die Krone der Schöpfung und der Mittelpunkt der Wirtschaft, wird auf der Strecke bleiben. Die Wege, die jetzt beschritten worden sind, können zu einer schweren Erschütterung der Währung und zu sozialpolitischen Spannungen gefährlichster Art führen. Warum benötigen die reichen Siegerländer, wie England und Frankreich die Preiskontrolle? Warum ist Amerika im Begriff, sie wieder einzuführen? Warum soll das ärmste Land Europas, Deutschland, darauf verzichten können? Die Steuerung des ganzen volkswirtschaftlichen Prozesses lediglich durch die Funktion des Preises ist innerhalb einer Wirtschaft, in der eine so ungeheure Spannung zwischen Güterbedarf und Gütererzeugung besteht, in der deshalb Mangellagen auftreten müssen, eine gefährliche Utopie...

"Wenn Professor Erhard unlängst in Ludwigsburg gesagt hat, er habe sich entschlossen, die Preise "auspendeln" zu lassen, so muß ihm meines Erachtens die CDU sagen, daß sie ihm auf diesem Wege nicht zu folgen vermag. Ein grundsätzlicher Kurswechsel der Frankfurter Politik ist notwendig..."

"Die SED ist heute in einen schweren Abwehrkampf gegen den Kommunismus hineingestellt. Die Frankfurter Preispolitik ist für die Arbeiterschaft und damit auch für die SPD schlechthin untragbar. Wollen wir mit aller Gewalt die Arbeiterschaft in die Arme des Kommunismus treiben und der Demokratie entfremden? Die CDU hat ein großes staatspolitisches Interesse daran, mit der SED zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zu kommen. Die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der SPD wird durch die Frankfurter Politik verbaut..."

Aus sittlichen, aus wirtschaftlichen und aus politischen Gründen muß deshalb gefordert werden, daß die von Frankfurt aus betriebene Preispolitik unverzüglich revidiert wird. Die CDU sollte mit dieser Forderung die Führung übernehmen. - = = = (h/1/258/hs)